



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 19.01.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 25. Januar 2012, um 17:00 Uhr,
Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule,
Pörschacher Straße 12, 65187 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 21.9.2011, 30.11.2011 und 15.12.2011
2. Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule
- Vorstellung durch den Schulleiter -

3. 12-F-03-0004

Nichtraucherschutz

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.1.2012 -

Die Nichtraucherinitiative Wiesbaden informierte uns, dass in Wiesbaden erneut gegen Bestimmungen des Hessischen Nichtraucherschutzgesetzes verstoßen wurde. Es handelt sich darum, dass im St. Josefs-Hospital ein separater Raucherraum, der an ein Café angeschlossen ist, für Patienten, Mitarbeiter sowie Besucher, angeboten wird. Nach Bestimmungen des §1 Abs.1 Nr.3 Hessisches Nichtraucherschutzgesetz (HessNRSG) gilt das Rauchverbot auch in Gebäuden und sonstigen umschlossenen Räumen von Krankenhäusern sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Ausnahmen für Einzelfälle sind nur aufgrund von ärztlicher Entscheidung zulässig. Bei der Vorhaltung des Raucherraums handelt es sich entsprechend nicht ein Angebot gemäß § 2 Abs. 1 und 3 (HessNRSG), welcher Ausnahmen aufgrund ärztlicher Entscheidung im Einzelfall für solche Patientinnen und Patienten, bei denen es medizinisch geboten erscheint, zulässt. Ein Zuwiderhandeln gegen das gesetzliche Rauchverbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Dies sieht offenbar der Magistrat ebenso, da der Nichtraucherinitiative Wiesbaden eine Stellungnahme vom 22.7.2010 (!) vorliegt, wonach das St. Josefs- Hospital aufgefordert werden sollte, den Raucherraum außer Betrieb zu nehmen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu prüfen, ob der Sachverhalt wie oben dargelegt, zutrifft, also der Raucherraum weiter zugänglich ist und die Aufforderung des Magistrates vom 22.7.2010 ignoriert wurde.
2. Nach Bestimmungen des §5 Abs.3 des HessNRSG ist der Gemeindevorstand für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständig. Das zuständige Dezernat wird beauftragt, unverzüglich ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die Verantwortlichen einzuleiten, falls (Stand heute), der Raucherraum vorgehalten wird.

4. 12-F-08-0002

Nichtraucherschutz

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.1.2012 -

1. Gesundheitsprävention vor dem Verwaltungszentrum

Vor den Eingängen des Verwaltungsgebäudes in der Konradinallee befinden sich Aschenbecher, die jeweils so nah an den Eingangstüren sind, dass es für die passierenden Menschen, darunter insbesondere Eltern mit Kindern, kaum eine Chance gibt dem Rauch der Rauchertrauben auszuweichen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass im Bereich des Justiz- und Verwaltungsgebäudes, z.B. hinter dem Gebäude, eine als solche ausgewiesene Raucherzone eingerichtet wird, die andere Mitmenschen nicht beeinträchtigt. Dies setzt voraus, dass diese sich nicht unmittelbar im Eingangsbereich befindet. Die Aschenbecher in diesem Bereich werden entfernt, die Raucherzone auch für Besucher_innen ausgeschildert. Die Mitarbeiter_innen sollen angewiesen werden ausschließlich die Raucherzone zu benutzen.

2. Nichtraucherenschutz im St. Josefs-Hospital

Seit März 2009 führt die Nichtraucherinitiative Wiesbaden einen regen Mailverkehr mit Ordnungsdezernat und Landesministerium über die Nichteinhaltung des Nichtraucherchutzgesetzes im St. Josefs-Hospital Wiesbaden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass der Raucherraum im St. Josefs-Hospital umgehend geschlossen wird.

5. 12-F-03-0003

CO / Kohlenmonoxid-Messgeräte im Rettungsdienst
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.1.2012 -

Ein harmlos erscheinender Rettungsdiensteinsatz kann im Falle eines Kohlenmonoxid-Unfalls dramatische Züge annehmen. Da das Atemgift Kohlenmonoxid über die menschlichen Sinne nicht wahrnehmbar und leichter als Sauerstoff ist sowie durch Wände diffundiert, kann die frühzeitige Identifizierung des Gases lebensrettend für Patienten, Angehörige und Rettungsdienstkräfte sein.

In 2009 starben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 373 Menschen an einer Kohlenmonoxidvergiftung. Die Feuerwehr vermutet eine wesentlich höhere Dunkelziffer. Länder, die routinemäßig Kohlenmonoxid-Messungen im Rettungsdienst durchführen, verfügen über gute Erfahrungswerte im Einsatz von Kohlenmonoxid-Messgeräten. Auch in Wiesbaden hat sich der Einsatz solcher Geräte im Rahmen einer bundesweit durchgeführten „Studie zur Bewertung einer möglichen Gefahr durch CO im Einsatz“ als lebensrettend erwiesen (CO Unfall in Gräselberg am 24.11.2011 mit drei Toten und 30 Verletzten; CO Unfall 11.12.2011 Igstadt mit 10 Verletzten).

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. auf Grund der baldig folgenden validen Ergebnisse der o.g. Studie die Ausstattung der Rettungsdienstfahrzeuge (Berufsfeuerwehr, RTW, NEF) mit CO-Warnmessgeräten auszuweiten und die hierfür anfallenden Kosten zu übernehmen. Es handelt sich dabei um die Anschaffungskosten der Geräte, die Hintergrundkosten für den Softwareeinkauf, die Auslesegeräte und die Ausfallkosten.

2. Um die Behandlungsfähigkeit der Patienten herzustellen und eine folgende adäquate medizinische Versorgung der Patienten einleiten zu können, kommen Kohlenmonoxidpatientenmessgeräte für Blutwerte zum Einsatz. Zwei der vier NEFs haben bereits aus Eigeninitiative solche Analysegeräte angeschafft. Die Stadt möge die Anschaffungskosten der beiden fehlenden Geräte sowie deren Wartungskosten übernehmen.

6. 12-F-03-0005

Geschwisterbeitragsreduzierung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.1.2011 -

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine neue Beitragssatzung und ein Betreuungsausbauprogramm beschlossen. Siehe Beschlussnr. 0789.

In Folge dessen haben wir derzeit folgende Sachlage: Auf Antrag der Eltern besteht die Möglichkeit einer Geschwisterbeitragsreduzierung in Kindertagesstätten im Krippen-, Elementar- und Hortbereich sowie an Betreuenden Grundschulen. Grundschulkinder in Eltern- und Fördervereinen (1. Säule) und bei künftigen Betreuungsangeboten in städtischer Regie (3. Säule) werden derzeit bei der Geschwisterbeitragsreduzierung nicht berücksichtigt. Dies stellt eine Benachteiligung dar.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

ein Konzept vorzulegen, welches die Geschwisterbeitragsreduzierungen gemäß Beschluss Nr. 0789 der Stadtverordnetenversammlung bei der Betreuung in den Eltern- und Fördervereinen (1. Säule) und den Betreuungsangeboten in städtischer Regie (3. Säule) ermöglicht, so dass Eltern mit Kindern in diesen Betreuungsstrukturen nicht benachteiligt sind.

7. 12-F-08-0004

Auswirkungen der Gebührenerhöhung für die Kinderbetreuung in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.1.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Widersprüche gegen die Gebührenbescheide sind bis zum Stichtag 24.01.2012 bei der Stadt Wiesbaden oder anderen Trägern eingegangen?
2. Wie viele Abmeldungen, bzw. Ummeldungen von einem Ganztags- auf einen Halbtagsplatz wurden bis zum Stichtag vorgenommen/beantragt?
3. Wann wurden die Eltern mit Kindern in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen über die Gebührenerhöhungen informiert, wann die Eltern mit Kindern in Einrichtungen freier Träger? Wann die jeweiligen Kitaleitungen?
4. Trifft es zu, dass bei einigen Eltern bereits der erhöhte Betrag abgebucht wurde, bevor diese überhaupt einen Bescheid erhalten hatten?

8. 12-F-03-0006

Platzbelegung der Kindertagesstätten (Halb-/Ganztags)
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.1.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss Nr. 0789 vom 21. Dezember 2011 die Erhöhung der Kindertagesstättegebühren eingeführt. Grundlage des Beschlusses war u.a. die Vorlage 11-V-51-0064 des Magistrates. In der darin genannten Kostenkalkulation wird davon ausgegangen, dass sich „die Platznachfrage durch die neuen Gebühren-/Beitragsgestaltung nicht verändert“. Diese Annahme halten wir für überprüfungswürdig, vor dem Hintergrund der nunmehr beschlossenen generellen Gebührenbefreiung für eine Halbtagsbelegung. Eine Änderung der Platznachfrage in Halbtagsbelegungen halten wir für familien-, integrations- und sozialpolitisch für bedenklich.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist die quantitative Belegung der Wiesbadener Kindertagesstätten (städtisch / freie Träger) in Bezug auf Halbtags-/Ganztagsplätze zum Stichtag 31.12.2011?
2. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um einer Änderung der Platznachfrage in Richtung einer Halbtagsbelegung entgegenzuwirken, insbesondere zum Wohle der Kinder aus bildungsfernen Schichten?

9. 12-F-08-0003

Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in geschlossenen Einrichtungen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.1.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
ob und wenn ja wie viele Vermittlungen von Wiesbadener Kindern in den Jahren 2009/2010/2011 durch das Jugendamt der Landeshauptstadt Wiesbaden in geschlossene Heimeinrichtungen in und außerhalb Hessens stattgefunden haben?

Wie bewertet der Magistrat die geschlossene Unterbringung von Kindern generell?

Es wird auch um schriftliche Beantwortung gebeten.

10. 12-A-50-0002

ANLAGE

Tronc-Mittel für den Bereich Soziales 2011

11. 11-F-03-0081

ANLAGE

Rückgabe Fehlbelegungsabgabe
- *Bericht des Dezernates VI vom 27.12.2011* -

12. 12-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 11-A-50-0012

ANLAGE

Zweites Blindentastmodell für Kurviertel
- *Bericht des Dezernates IV vom 15.12.2011* -

2. 11-V-11-2012

Integriertes Gesundheitsmanagement

3. 11-V-20-0069

DL 37/11-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2011

4. 11-V-20-0076

DL 37/11-3

Übersicht der durch den Magistrat genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

5. 11-V-20-0077

DL 01/12-3

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

6. 11-V-51-0067

DL 01/12-8

Ablösung der Fachanwendung "Betwork" in der Betreuungsstelle des Amtes für Soziale Arbeit durch CABS "Betreuungsbehörde - BTB"

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| 7. | 11-V-51-0070 | DL 37/11-10 |
| | Sanierung der Kindertagesstätte Klarenthal | |
| 8. | 11-V-51-0073 | DL 01/12-9 |
| | Ausführungsvorlage Kindertagesstätte Münchner Straße Anbau Personalraum | |
| 9. | 11-V-51-0074 | DL 01/12-10 |
| | Ausführungsvorlage - Kindertagesstätte Kellerstraße -
Energetische Versorgung | |
| 10. | 11-V-51-0075 | DL 37/11-11 |
| | Geschäftsbericht SGB II 1. Halbjahr 2011 | |
| 11. | 11-V-51-0077 | DL 37/11-12 |
| | Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse im Bereich des Amtes für Soziale Arbeit | |
| 12. | 11-V-51-0078 | DL 01/12-11 |
| | Vorabfreigabe eines Anteils der Bezuschussung zur Sicherstellung der Arbeit der Kontaktstelle
Gemeinschaftliches Wohnen | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender